

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)
Mail: martin.boehm@afdbayern.de
Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

22.11.2021

Inflation und Schuldenunion: Top-Ökonom Hans-Werner Sinn bestätigt Warnungen der AfD

Der frühere Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Prof. Hans-Werner Sinn, hat vor einem Anstieg der Inflation gewarnt. Derzeit liegt die Teuerungsrate bei Konsumgütern in Deutschland bei 4,5 Prozent. Die Erzeugerpreise sind im Oktober sogar um 14,2 Prozent gestiegen. Die Ursachen sieht Sinn, abgesehen von temporären Materialverknappungen durch die Coronakrise, in der Niedrigzinspolitik der EZB, der Energie-Verteuerung infolge der Energiewende und den demografischen Fehlentwicklungen.

Der europapolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Martin Böhm, äußert sich dazu wie folgt:

„Die Warnungen von Prof. Hans-Werner Sinn sind alarmierend. Der frühere ifo-Chef hält es sogar für möglich, dass die sich verschärfende Inflation die Preissteigerungen der 1970er Jahre in den Schatten stellen wird. Die Politik tut alles dafür, um günstige Energiequellen durch teure zu ersetzen. Die Leidtragenden sind die Arbeitnehmer, Steuerzahler und Rentner, die alles bezahlen müssen, was sich weltfremde Ideologen ausdenken. Ihre Ersparnisse verlieren durch Inflation, Null- oder Strafzinspolitik an Wert. Hinzu kommt die schrumpfende Produktivität durch das Ausscheiden der Babyboomer aus dem Arbeitsprozess.

Es ist unverantwortlich, wenn die Altparteien jetzt noch mehr Schulden machen wollen – auf Kosten der Bürger! Mit dem ‚Wiederaufbaufonds‘ darf die EU sich nun erstmals selbst verschulden. Deutsches Geld wird von den Eurokraten in die hochverschuldeten Südländer umverteilt!

Die AfD warnt seit ihrer Gründung vor dieser Politik. Unsere Befürchtungen wurden von den jüngsten Entwicklungen sogar noch übertroffen. Die Eurokraten in Berlin und Brüssel nutzen nun die Coronakrise, um die Transferunion zu rechtfertigen. Als einzige relevante politische Kraft in Deutschland werden wir uns dieser Enteignung deutscher Bürger weiterhin widersetzen!“